



Pressemitteilung Luxemburg, den 22. November 2016

EU-Klimaschutz: Großes Risiko, dass das Ausgabenziel von 20 % nicht erreicht wird, so die Prüfer

Es besteht ein großes Risiko, dass die EU-Zielvorgabe, mindestens jeden fünften Euro des EU-Haushalts im Zeitraum 2014-2020 für den Klimaschutz auszugeben, nicht erreicht wird. Dies geht aus einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs hervor. Die Prüfer weisen darauf hin, dass zwar Fortschritte erzielt wurden, jedoch zusätzliche Bemühungen nötig sind, um einen tatsächlichen Wandel hin zum Klimaschutz zu bewirken.

Als Reaktion auf den Klimawandel hat die EU beschlossen, im Zeitraum 2014-2020 mindestens 20 % ihres Haushalts für den Klimaschutz auszugeben. Die Zielvorgabe soll dadurch erreicht werden, dass der Klimaschutz in die verschiedenen Politikbereiche einbezogen und mit den jeweiligen Mitteln aus dem EU-Haushalt finanziert wird. Die Prüfer untersuchten, ob die Zielvorgabe voraussichtlich erfüllt wird und ob der Ansatz der Europäischen Kommission zu einer stärkeren und gezielteren Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen führt.

Sie stellten fest, dass ehrgeizige Anstrengungen unternommen werden und dass Fortschritte erzielt worden sind. Allerdings besteht nach wie vor ein großes Risiko, dass das 20%-Ziel ohne zusätzliche Bemühungen nicht erreicht werden wird. Die Einführung der Zielvorgabe hat beim Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und beim Kohäsionsfonds zu stärkeren und gezielteren Klimaschutzmaßnahmen beigetragen. Beim Europäischen Sozialfonds und in den Bereichen Landwirtschaft, Entwicklung des ländlichen Raums und Fischerei hat es jedoch keine nennenswerte Veränderung zugunsten des Klimaschutzes gegeben.

"Es besteht ein großes Risiko, dass die EU-Zielvorgabe, mindestens jeden fünften Euro im Zeitraum 2014-2020 für den Klimaschutz auszugeben, nicht erreicht wird", so Phil Wynn Owen, das für den Bericht zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Es wurden Fortschritte erzielt, aber in wichtigen Ausgabenbereichen herrscht überwiegend 'Business as usual'. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten alle Möglichkeiten ausloten und sicherstellen, dass ein tatsächlicher Wandel hin zum Klimaschutz erfolgt."

Laut Kommission lag der Anteil der für den Klimaschutz aufgewendeten Mittel im Zeitraum 2014-2016 bei durchschnittlich 17,6 %. Um das Gesamtziel für den EU-Haushalt bis Ende 2020 zu erreichen, müsste nach Schätzungen der Prüfer der Anteil der Klimafinanzierung im Zeitraum 2017-2020 auf durchschnittlich 22 % erhöht werden.

Die Prüfer stellten fest, dass die Schätzungen der Kommission auf Annahmen hinsichtlich Klimaschutzausgaben

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des vom Europäischen Rechnungshof angenommenen Sonderberichts. Der vollständige Bericht ist auf der Website des Hofes www.eca.europa.eu abrufbar.

ECA Press

Mark Rogerson - Sprecher

T: (+352) 4398 47063

M: (+352) 691 55 30 63

Damijan Fišer - Pressereferent

T: (+352) 4398 45410

M: (+352) 621 55 22 24

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditorsECA eca.europa.eu

im Agrarsektor beruhen, die zu hoch veranschlagt sind und denen eine stichhaltige Begründung fehlt. Würden international anerkannte Methoden angewandt, so fiel der erwartete Beitrag der Ausgaben in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nach Berechnungen der Prüfer im Zeitraum 2014-2020 um etwa 33 Milliarden Euro geringer aus. Dies entspricht etwa 15 % des Gesamtziels.

Was die Forschung betrifft, so wurde die Zielvorgabe des Programms Horizont 2020, 35 % der Mittel für den Klimaschutz zu verwenden, bisher nicht erreicht. Derzeit beläuft sich der Beitrag für die Jahre 2014 bis 2017 auf 24 %. Die Kommission hat noch keinen detaillierten Aktionsplan vorgelegt, um zu zeigen, wie dieser Rückstand aufgeholt werden soll, so die Prüfer.

Der Hof empfiehlt der Kommission eine solide mehrjährige Konsolidierung, um Fortschritte im Hinblick auf die Zielvorgabe von 20 % zu erzielen, eine umfassende Berichterstattung und Überwachung von Ergebnissen sowie eine realistische und solide Bewertung der erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen. Darüber hinaus empfiehlt er die Korrektur von zu hoch veranschlagten Ausgaben zur Entwicklung des ländlichen Raums und die Erstellung von Aktionsplänen für Bereiche, die hinter den Erwartungen zurückbleiben. Schließlich empfiehlt der Hof, alle Möglichkeiten für einen weiterreichenden, tatsächlichen Wandel hin zum Klimaschutz auszuloten.

Im September 2016 schätzte die Kommission¹, dass sich die Ausgaben für den Klimaschutz im Zeitraum 2014-2020 auf insgesamt 18,9 % des EU-Haushalts belaufen werden. Dies würde bedeuten, dass das 20 %-Ziel nicht erreicht wird².

Der Sonderbericht Nr. 31/2016 "Mindestens jeder fünfte Euro des EU-Haushalts für den Klimaschutz: Trotz ehrgeiziger Bemühungen besteht ein großes Risiko, das Ziel nicht zu erreichen" ist in 23 EU-Sprachen verfügbar.

¹ SWD(2016) 299 vom 14. September 2016, das der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (COM(2016) 603 final) beigelegt ist.

² Die kumulierten geplanten EU-Ausgaben für den Zeitraum 2014-2020 belaufen sich auf 1 062,6 Milliarden Euro. Ein (ausgehend von der Methode der Kommission) fehlender Beitrag von 1,1 % entspräche einem um über 11 Milliarden Euro niedrigeren Beitrag zum Klimaschutz (201 Milliarden statt 212,5 Milliarden Euro).